



NEWSLETTER 12/2014

FORUM|MIGRATION



© Robert Kneschke – Fotolia.com

„Muslime unter Rechtfertigungsdruck“

Die Gräueltaten der Terrorgruppe IS haben auch Anfeindungen von Muslimen in Deutschland zur Folge. Betroffene KollegInnen sollten rassistische Sprüche nicht auf sich sitzen lassen, sagt die Betriebsrätin Ayse Ilgi

schnell: „Sag' mal, bist Du jetzt Salafist oder was?“. Das erschwert den Umgang miteinander. Es ist eine doppelte Stigmatisierung: Nicht nur Migrationsvordergrund, wegen der dunklen Haare, sondern auch noch Dschihadist.

I Forum Migration: Frau Ilgi, Sie engagieren sich seit Jahren gewerkschaftlich gegen antimuslimischen Rassismus. Hat der Feldzug des „Islamischen Staats“ diesen verstärkt?

I Was raten Sie betroffenen KollegInnen?

Man sollte nicht jeden Spruch zu ernst nehmen, dahinter kann auch bloße Gedankenlosigkeit stehen. In jedem Fall sollte man zu seinem Glauben stehen und das offene Gespräch suchen. Wenn es sich aber um echte Diskriminierung oder gar Mobbing handelt, sollte man sich an den Betriebsrat wenden. Der muss dann handeln. Rassismus stört nicht nur den Betroffenen, sondern auch den Betriebsfrieden. Er kann deshalb Abmahnungen nach sich ziehen und auch als Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geahndet werden.

I Ayse Gündogan: Wir stellen fest, dass Muslime häufiger Fragen zum IS gestellt bekommen. Manche sind harmlos; die Leute haben Angst und wollen aufgeklärt werden. Aber andere gehen in die Richtung: „Was macht Ihr denn da?“ – als habe jeder Moslem irgendwie etwas mit dem Dschihad zu tun. Es gibt Rechtfertigungsdruck, manchmal muss man sich geradezu entschuldigen, weil man Moslem ist.

I Betrifft das Frauen mit Kopftuch besonders?

I Auch. Aber das ist gerade nicht so die Debatte. Es geht eher um die Bärte. Die sind ja bei Männern in der letzten Zeit wieder sehr modisch geworden. Wenn junge muslimische Männer jetzt aus modischen Gründen einen Bart tragen, dann heißt es

Asye Ilgi, 27, ist aktiv bei der IG BCE Nordrhein und Betriebsrätin. 2013 hat sie die DGB-Handreichung zu Muslimfeindlichkeit mit erarbeitet.



www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB41556.pdf
Siehe dazu auch den Kommentar von Farid Hafez auf Seite 4

INHALT 12/2014

„Muslime unter Rechtfertigungsdruck“	1
Hilfe nur für Suchende	2
Langer Weg zum sozialen Aufstieg	2
Gute Bildung für alle!	2
Kopftuch passte nicht zur Corporate Identity	3
Afd-Wähler sind besonders fremdenfeindlich	3
Millionen für Kampf gegen Nazis	3
Termine + News	3
Asyl-Meldungen	3
Muslime sprechen lassen – Kommentar von Dr. Farid Hafez, Politikwissenschaftler an der Universität Salzburg	4



Hilfe nur für Suchende

EuGH-Urteil: Hartz IV kann verweigert werden

Deutschland muss EU-Ausländern dann keine Hartz-IV-Leistungen bezahlen, wenn sie nicht zur Arbeitsuche ins Land gekommen sind. Sozialleistungen, die unabhängig von einer Arbeit oder Arbeitsuche gewährt werden, könnten die einzelnen EU-Staaten eigenständig regeln, entschied jetzt der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Eine Frau aus Rumänien und ihr minderjähriger Sohn hatten in Leipzig Arbeitslosengeld II beantragt, obwohl die Frau keine Beschäftigung suchte. Das Jobcenter weigerte sich zu zahlen, das Sozialgericht Leipzig legte den Streit

dem EuGH vor. Wenn EU-Bürger nach Deutschland kommen, ohne ernsthaft nach Arbeit zu suchen besteht schon ein längeres Aufenthaltsrecht nur dann, wenn die betreffenden EU-Bürger „über ausreichende eigene Existenzmittel verfügen“, so die Richter.

Die Entscheidung könnte jedoch nicht automatisch auf alle EU-Bürgerinnen und -bürger übertragen werden, die zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen, erklärte die DGB-Rechtsschutzsekretärin Silke Clasvöbeck aus Bielefeld. Hier seien weitere Vorschriften anwendbar, die der EuGH in seinem aktuellen Urteil noch nicht geprüft hat. Einen so gelagerten Fall hat das Bundessozialgericht dem EuGH vorgelegt. Dazu

gibt es jedoch noch keine Entscheidung.

Kritisch äußerte sich die Diakonie. „Wir benötigen dringend klare Regelungen für die europäischen Binnenmigration, die das Recht auf Arbeitssuche sozial und fair gestalten“, forderte Maria Loheide, Diakonie-Vorstand für Sozialpolitik. Das Urteil beantwortete nicht die Frage, wie mit Arbeit suchenden EU-Ausländern umzugehen sei, bemängelte die Linken-Innenpolitikerin Ulla Jelpke. Die „pauschale deutsche Ausschlussregelung“ sei nicht mit EU-Recht vereinbar, so Jelpke. Auch der Grünen-Innenpolitiker Volker Beck forderte ein Ende des pauschalen Leistungsausschlusses, um Härtefälle zu vermeiden.

Langer Weg zum sozialen Aufstieg

Bundesregierung legt Bericht über die Lage von Ausländern vor

Jeder fünfte hat Migrationshintergrund

Gesamtbevölkerung: 81,9 Mio.

Deutsche mit Einwander-Geschichte: 8,9 Mio.

Ausländische Staatsangehörige: 7,4 Mio.

Doppelt so häufig prekär

armutsgefährdet* Personen ...
(*Def: > 60 % des mittleren Einkommens)

mit Migrationshintergrund: 26,8 %

ohne Migrationshintergrund: 12,3 %

Arm trotz hoher Bildung

armutsgefährdet* mit Abitur ...
(*Def: > 60 % des mittleren Einkommens)

mit Migrationshintergrund: 22,1 %

ohne Migrationshintergrund: 8,9 %

Von 100 SchülerInnen ...

mit ausländischer Staatsangehörigkeit ...
mit deutscher Staatsangehörigkeit ...

11,6 %

5,4 %

27,5 %

10,6 %

24,5 %

49,6 %

verlassen die Schule ohne Abschluss

besuchen eine Hauptschule

besuchen ein Gymnasium

 Bericht der Beauftragten der Bundesreg. für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der AusländerInnen in Deutschland, Oktober 2014
www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2014-10-29-lagebericht-presse-kurz.pdf

Gute Bildung für alle!

Seit Langem weisen Sozialverbände und Gewerkschaften auf die unzureichende Bildungssituation für Migrantenkinder in Deutschland hin. Lange Wartezeiten und schlechte oder gar keine Förderung sind keine Seltenheit.

Die hohen Flüchtlingszahlen haben die Lage verschärft. Allein in Nordrhein-Westfalen haben sich die Zuweisungen von Zuwandererkindern an die Kommunen seit 2011 verdreifacht. Damals waren es 9.532 Kinder, von Januar bis Oktober 2014 bereits 28.403.

Mit der Aktion „Wir wollen rein! Gute Bildung für alle!“ hat auf Initiative der GEW Hessen jetzt ein Bündnis auf das Problem aufmerksam gemacht. Vor dem Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden versammelten sich Vertreter und Aktivisten der GEW, des Landesausländerbeirats, der Diakonie und der

Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung. Publikumswirksam rissen junge Flüchtlinge und Seiteneinsteiger – Kinder, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind – eine symbolische Mauer ab, die ihnen den Zugang zur Schule versperrte.

Die Protestierenden forderten ein Gesamtkonzept mit allen an der Integration der Schüler involvierten Bereiche, Ganztagschulangebote mit individueller Förderung, kostenloser Verpflegung, Deutsch als Zweitsprache bzw. als Fremdsprache und Interkulturelles Lernen als feste Bestandteile der Lehrerausbildung und auskömmliche Jugendhilfeleistungen.

Zumindest was unbegleitete junge Flüchtlinge angeht, könnte sich die Lage bald ändern. „Gerade jene Kinder und Jugendlichen, die ohne Eltern und Verwandte haben fliehen müssen, bedürfen eines

besonderen Schutzes“, sagte Familienministerin Manuela Schwesig (SPD). Sie will deshalb, dass diese Flüchtlinge künftig auf alle Bundesländer verteilt werden können. Pro Asyl warnte indes davor, nur auf die Verteilung der Kinder zu setzen. Dagegen spreche, dass sich in den letzten Jahren sehr gute Strukturen in einer ganzen Reihe von Kommunen etabliert haben, die den Bedarfen der Jugendlichen gerecht werden. Einen wesentlichen Anteil hieran haben die Fachkräfte in Einrichtungen und Jugendämtern. „Man kann besser Gelder verschieben als Menschen. Statt etablierte Strukturen nicht mehr zu nutzen, sollte man lieber einen finanziellen Ausgleichsmechanismus zwischen den Bundesländern schaffen“, sagte Marei Pelzer von Pro Asyl.

 www.gew-hessen.de/news/single-news/wir-wollen-rein-gute-bildung-fuer-alle/



Kopftuch passte nicht zur Corporate Identity

In gleich zwei Rechtsstreitigkeiten wurde das Kopftuchverbot für muslimische Krankenschwestern in christlichen Krankenhäusern bestätigt. Ver.di: Unnötige Urteile

Ein katholisches Krankenhaus in Dortmund und eine muslimische Pflegerin haben bei einem Gütertermin vor dem Arbeitsgericht die Beendigung des Arbeitsverhältnisses vereinbart. Die Krankenschwester bekommt zudem eine Abfindung. Die Klägerin, eine 36-jährige Muslima, war seit 15 Jahren für das Hospital tätig, vor einiger Zeit war sie mit Kopftuch

bei der Arbeit erschienen. Kurz zuvor hatte das Bundesarbeitsgericht in einem ganz ähnlichen Fall zu Gunsten eines evangelischen Krankenhauses in Bochum entschieden. Das im Grundgesetz geschützte kirchliche Selbstbestimmungsrecht sei hier höher zu bewerten als die Religionsfreiheit der Krankenschwester.

„Wenn Sie an einem christlichen Krankenhaus arbeiten wollen, müssen Sie sich dessen Corporate Identity anpassen“, sagte der Direktor des Evangelischen Krankenhausverbandes, Norbert Groß.

Ver.di-Sekretär Oliver Kolberg kritisierte das Urteil. „Wir würden uns einen entspannten pragmatischen Umgang mit dem Thema Kopftuch im Krankenhaus wünschen,“ sagte Kolberg. „Es schadet nicht – auch abseits aller rechtlichen Möglichkeiten in einem Tendenzbetrieb – nach Lösungen zu suchen, die Belegschafts- und Arbeitgeberinteressen zusammenbringen.“ Entscheidend sei das Wohl der Patienten: „Die möchten gut und menschlich versorgt werden, ob Kopftuch, Tätowierung oder christliches Amulett am Hals, das fachliche Auftreten sollte im Vordergrund stehen.“

Afd-Wähler sind besonders fremdenfeindlich

Die neue „Wählerherz“-Studie der Universität Leipzig zeigt: Wähler der „Alternative für Deutschland“ sind besonders fremdenfeindlich. Sie weisen die zweit-

höchsten Werte bei den Kategorien „Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur“, „Antisemitismus“, „Ausländerfeindlichkeit“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ auf – direkt nach den NPD-Anhängern.

 www.uni-leipzig.de/~decker/waehlerherz_2014_grafiken.pdf

Millionen für Kampf gegen Nazis

Der Haushaltsausschuss hat mehr Geld für Programme gegen Rechtsextremismus bewilligt. Die Mittel für das Projekt „Demokratie leben!“ wurden auf 40,5

Millionen Euro aufgestockt. Damit stehen im kommenden Jahr zehn Millionen Euro mehr zur Verfügung als geplant. Bundesfamilienministerin Manuela

Schweisig (SPD) kündigte an, damit unter anderem ein „Netzwerk zur Radikalisierungsprävention“ aufzubauen.

Termine + News

Tagung im Rahmen des Projekts Xenos-veris: Recht auf Bildung! – Bildungseinrichtungen auf dem Weg zur Interkulturellen Öffnung
10.12.2014, 10.00 bis 16.00 Uhr
DGB Tagungszentrum Düsseldorf
 www.migration-online.de/XTG2014

Seminar: Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

Das in der Fachkraftausbildung vermittelte Handwerkszeug versetzt die TeilnehmerInnen in die Lage, sachkundig auf Anerkennungsbedarfe zu reagieren.

1. An drei aufeinanderfolgenden Terminen: 04.–06.02., 11.–13.03., 20.–21.05.2015, jeweils im DGB Tagungszentrum Düsseldorf. Die Anmeldung gilt verbindlich für alle Termine.
2. Einwöchiges Seminar in Bonn: 01.–06.03.2015

 Anmeldung + Infos:
www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTU4MA_.html

Neuer Podcast

Die wichtigsten Inhalte der Tagung „Die betriebliche Praxis der Anerkennung – Erfolge, Hürden und Herausforderungen“ vom 14. November können interessierte jetzt per Podcast abrufen.

 www.migration-online.de/2014_anerkannt_podcast

Asyl-Meldungen

BAMF verstärkt

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat eine Erhöhung der Mittel für die Migrationsberatung um acht Millionen auf 34 Millionen Euro für das Jahr 2015 beschlossen. Im BAMF werden 350 neue Stellen zur Asylbearbeitung geschaffen. Personal- und Sachmittel werden um 37 Millionen Euro aufgestockt. Das war nötig: Die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren bis zur behördlichen Entscheidung ist im 3. Quartal 2014 noch einmal deutlich angestiegen, auf nunmehr 8,4 Monate. Ohne Berücksichtigung der Westbalkanländer beträgt die Dauer der Verfahren sogar 9,7 Monate, unbegleitete Minderjährige müssen 12,3 Monate warten. Die sogenannte „bereinigte Schutzquote“ im 3. Quartal betrug 54,3 %.

Bund zahlungsunwillig

Der Flüchtlingsgipfel im Berliner Kanzleramt im Ok-

toben ist ohne konkrete Ergebnisse beendet worden. Länder und Kommunen wollen, dass der Bund sich stärker an den Kosten für die Flüchtlinge beteiligt. Jetzt sollen Arbeitsgruppen bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember nach Kompromismöglichkeiten suchen.

Abgeordnete besorgt

Die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben eine Erklärung gegen „Hasspropaganda von Rechtspopulisten und Nazis“ gegen Flüchtlinge verabschiedet. Hintergrund ist der größten Neonazi-Aufmarsch in Berlin seit Jahren Mitte November. Die sogenannten Bürgerbewegungen Marzahn und Hellersdorf hatten zur Demonstration „gegen Asylmissbrauch“ aufgerufen. In den vergangenen Wochen waren künftige Standorte von Flüchtlingsunterkünften immer wieder attackiert worden. Unterstützt

wird der Aufruf von allen DGB Gewerkschaften. Die Berliner DGB Vorsitzende Doro Zinke sagte, wer Flüchtlinge zu Sündenböcken abstempele, der trete die Menschenwürde mit Füßen.

Wirtschaft unbefriedigt

Den Unternehmen gehen die Erleichterungen für die Aufnahme eines Jobs durch Flüchtlinge nicht weit genug. „Es macht ökonomisch überhaupt keinen Sinn, qualifizierte Menschen vom Arbeiten abzuhalten – auch wenn sie gar nicht für immer hier bleiben“, sagt Carmen Barsan von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Statt 15 Monaten Vorrangprüfung sollten Asylbewerber nach sechs Monaten bei der Jobsuche gleichberechtigt sein, Geduldete sofort. Abgelehnte Asylbewerber sollten vor einer Abschiebung in legale Einwanderungsverfahren wechseln können, wenn es ein Jobangebot gibt.



Muslime sprechen lassen



© CreativeCommon, Faith Öztürk

Kommentar von Dr. Farid Hafez, Politikwissenschaftler an der Universität Salzburg und Herausgeber des Jahrbuchs für Islamophobieforschung

Während die Welt des Islams für viele Menschen älteren Jahrgangs als ein Ort des Natürlichen, des Unverfälschten und Reinen gedacht wurde, gilt nach der Iranischen Revolution und ganz besonders nach dem 11. September 2001 der Islam zunehmend als eine Religion der Bedrohung. Mit der These des ‚Kampfes der Kulturen‘ schien die Welt in einem großen Konflikt konkurrierender Kulturen und Religionen zu stehen. Eine Relativierung dieser Sicht scheint heute schwieriger denn je. Obwohl eine Hand voll westlicher Staaten trotz dem offiziellen Ende der Kolonialpolitik ihre Interessensphären im Zusammenhang mit militärischen Stützpunkten, so genannter Demokratisierung und v.a. zur Absicherung wichtiger Ressourcen wie etwa Erdölreserven weiter ausdehnen, und damit auch die unterdrückten Völker zu einer Gegenwehr provozieren, wird ein Bild gezeichnet, das den Islam als ursächlich Böses auftreten lässt.

Der Islam verkörpert Begriffe wie Rückschrittlichkeit, Frauenunterdrückung und ist zum Gegensatz von Freiheit und Fortschritt geworden. All diese Bilder dienten zur Legitimation militärischer Eingriffe, Eroberungen und Zerstörung. Zum andern wird aus dem Feindbild Islam auch innerhalb der europäischen Gesellschaften politisches Kleingeld geschlagen, besonders von rechtspopulistischer Politik, die auch bei den ehemaligen Mitte-Parteien anzufinden ist. Einerseits versuchen rechtspopulistische Bewegungen wie die Pro-Parteien oder die NPD explizit von Islamophobie Gebrauch machen, um WählerInnen zu mobilisieren. Andererseits sind islamophobe Diskurse auch in der Dominanzgesellschaft anzufinden.

Dafür zeugen Thilo Sarrazins Thesen ebenso wie die Debatte darüber, ob der Islam nun ein Teil Deutschlands sei oder nicht. Es sind hiermit nicht mehr nur die kolonialisierten Fremden in der Ferne, über die hier gesprochen wird. Es sind auch die „Kolonien“ der Eingewanderten in den Städten Europas, die als Bedrohung konstruiert werden.

Während die muslimischen Minderheiten im Westen tendenziell dem ärmeren Segment der europäischen Gesellschaften zuzurechnen sind und aus der Arbeiterschaft stammen, wird ihnen in der medialen Berichterstattung und von Seiten politischer Machthaber ein unheimliches Bedrohungspotenzial zugeschrieben. Die Rede ist von ‚Parallelgesellschaften‘, in denen die Scharia regiere, von Kriminalität, die bei männlichen muslimischen Jugendlichen besonders hoch wäre und selbstverständlich der unterdrückten muslimischen Frau, die von den Nichtmuslimen befreit werden müsse. All diese Vorstellungen der Bedrohung werden genau dann bedient, wenn es gilt, von gesamtgesellschaftlichen Problematiken abzulenken und Identitätspolitik über Mechanismen der Ausgrenzung zu forcieren.

So ist etwa oftmals die Rede von der Unterdrückung der Frau und der Genitalverstümmelung. Diese gesellschaftliche Projektion verdeckt aber gesamtgesellschaftliche Machtasymmetrien wie die nach wie vor ausstehende Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Bereich des Arbeitsmarktes oder die Problematik der häuslichen Gewalt, die mehr als jede zweite Frau in vielen europäischen Ländern betrifft. Einem Feindbild Islam kann damit in erster Linie am ehesten mit zwei Mitteln entgegengetreten werden: Zum einen gilt es, diese Herrschaftsmechanismen aufzudecken und damit kritisch nachzufragen, warum gerade welche Art der Darstellung des Feindbildes Islam genutzt wird. Welcher Zweck steht

dahinter? Zum anderen gilt es, durch ein differenziertes Bild auf den Islam und dessen Vielfältigkeit den vereinfachten Darstellungen etwas entgegenhalten zu können, womit die Möglichkeit reduziert wird, diesen Vereinfachungen auf den Leim zu gehen. Hier können potenziell persönliche Erfahrungen einen Beitrag leisten. Und tatsächlich legt etwa eine Umfrage des Allensbacher-Instituts nahe, dass nur 15 Prozent der Befragten einen persönlichen Kontakt zu MuslimInnen haben, während mehr als vier Fünftel meinen, dass der Islam für Frauenunterdrückung und Gewalt stünde.

Diese Meinungen, die aufgrund medialer und politischer Diskurse Verbreitung finden, stellen eine Herausforderung dar. Wie gehen wir mit diesen Bildern in unseren Köpfen um? Läuft der Mensch nicht Gefahr, die persönlichen Kontakte über die Folie der Stereotype zu interpretieren? Das Vorurteil kann die Erfahrung fälschen, indem es das neu Erlebte färbt.

Zentral scheint demnach ein so weit wie möglich vorurteilsfreier Zugang. Es gilt, den Menschen kennen zu lernen, ihn sprechen zu lassen und durch aufmerksames Zuhören neue Bilder möglich sein zu lassen. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, neue, alternative Bilder, die weitaus differenzierter sein werden als die medial und politisch transportierten, zu entwerfen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

